

Offener Dialog am umstrittenen Grundstück

Vertreter der Grünen sprechen mit Anwohnern der Schwabstraße – Unterkünfte sollen anders angeordnet werden

Von Florian Peking

FRIEDRICHSHAFEN - Intensiver Dialog: Zahlreiche Bürger haben sich am Donnerstag mit Vertretern der Grünen-Fraktionen im Kreistag und Häfler Gemeinderat in der Schwabstraße getroffen, um über die geplante Gemeinschaftsunterkunft zu sprechen. Wie berichtet, will der Bodenseekreis auf dem Grundstück beim Polizeirevier ein Heim für mehr als 126 Menschen bauen, weil der Platz für Geflüchtete dringend gebraucht wird. Anwohner haben immer wieder Bedenken und Sorgen geäußert.

„Wir sind heute hier, um die Fragen zu beantworten, die wir beantworten können“, sagte Christine Heimpel, stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Gemeinderat. Neben ihr ebenfalls vor Ort waren die Grünen-Kreisrätinnen Evamarie Becker und Sarah Kessler, Gemeinderat Felix Bohnacker sowie Barbara Wagner vom Ortsverband und Frank Labitzke vom Kreisverband der Grünen. Ihre Gesprächspartner: mehr als 30 Bürgerinnen und Bürger, von denen die meisten in der Nachbarschaft leben. Etwas abseits hatte außerdem Volkmar Rees, Chef des örtlichen Polizeireviers, ein Auge auf das Geschehen.



Diskussion am Ort des Geschehens: Christine Heimpel, Frank Labitzke, Felix Bohnacker, Barbara Wagner, Evamarie Becker und Sarah Kessler – allesamt Vertreter der Grünen – sprechen in der Schwabstraße mit Bürgern. FOTO: PEKING

Eine Sorge, die vor allem Bewohner der Goethestraße immer wieder zum Ausdruck brachten, griff Christine Heimpel direkt zu Beginn auf. Ihre Wohnhäuser grenzen direkt an das Grundstück in der Schwabstraße an – und würden auch recht nah an den Unterkünften stehen, sollten diese, wie auf den aktuellen Plänen vorgesehen, gebaut werden. „Eine Bebauung so nah an den

Häusern wollen wir auch nicht“, so Heimpel. Über den Bebauungsplan könne die Stadt darauf Einfluss nehmen. Und die Grünen wollen sich laut Heimpel im Gemeinderat dafür einsetzen, dass die Gebäude anders angeordnet werden.

Das war auch ein Anliegen der Grünen-Mitglieder: darüber aufzuklären, inwiefern das Vorhaben noch beeinflusst und mitge-

staltet werden kann. Über den Bebauungsplan könne zum Beispiel auch festgelegt werden, dass Bäume als Sichtschutz zwischen den Wohnhäusern in der Goethestraße und den Geflüchtetenunterkünften gepflanzt werden sollen, wie Felix Bohnacker erläuterte. Was auf diesem Weg hingegen nicht gehe: das Heim so bauen zu lassen, dass dort ausschließlich Familien – und nicht, wie von manchen der Anwesenden befürchtet, viele „alleinstehende Männer“ – unterkommen können.

Diesen Wunsch hatte zuvor eine Anwohnerin geäußert, die sich um die Sicherheit im Viertel sorgte, wie sie sagte. Sie befürchte einen „Unruheherd“, wenn „verschiedene Nationalitäten“ auf engem Raum zusammenleben würden. Solche Probleme gelte es „aufzufangen“, indem die Bewohner der Unterkunft mithilfe von Sozialarbeitern, Kinderbetreuung und mehr bestmöglich begleitet werden, sagte Frank Labitzke. Woher aber sollen die Mitarbeiter dafür angesichts des Personalmangels kommen, wollte eine Frau wissen. „Das kann sicher ein Problem werden. Deshalb sind wir alle gefordert, uns einzubringen“, so Christine Heimpel. Sie verwies zum Beispiel auf die Gemeinde St. Colum-

ban, deren Helfer seit 2015 Deutschkurse für Geflüchtete anbieten würden.

Während des etwa einstündigen Gesprächs kochten vereinzelt die Emotionen hoch, es wurde einander ins Wort gefallen oder es gab Zwischenrufe. Insgesamt aber war es ein respektvoller Austausch.

Aus den Reaktionen und Wortmeldungen der Anwohner war jedoch zu entnehmen, dass es vielen am liebsten wäre, wenn das Heim an dieser Stelle überhaupt nicht entstehen würde. Das sei eine Frage der Alternativen, sagte Christine Heimpel. In Friedrichshafen werde „kein Grundstück mehr geschont“. Und die Schwabstraße werde sicher auch nicht der letzte Standort bleiben, an dem Unterkünfte gebaut werden müssen, so Heimpel.

Nach dem Bürgerdialog zog die Grünen-Gemeinderätin ein positives Fazit. Es sei wichtig, im Gespräch zu bleiben, man wolle bei dem Thema „größtmögliche Transparenz“ herstellen. Übrigens dürfte das wohl nicht das letzte Treffen in der Schwabstraße zwischen Bürgern und der lokalen Politik bleiben. Mehrere Fraktionen hatten bereits angegebeben, mit Anwohnern in Kontakt zu sein und ebenfalls einen Vor-Ort-Termin in Aussicht gestellt.